

Sitzungsvorlage zur Erweiterung des Nationalpark Schwarzwald

| | | | |
|-------------------------------------|--------------------|-------------------------|---------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Nationalparkrat | Sitzungsdatum: | 21.02.2025 |
| <input type="checkbox"/> | Nationalparkbeirat | Beteiligte | |
| <input type="checkbox"/> | | Fachabteilungen: | |
| | | Bearbeitet von: | Dr. Britta Böhr/ Dr. Wolfgang Schlund |
| | | Aktenzeichen: | |

Betreff/ Beratungsgegenstand

Ende Oktober 2024 haben sich die Spitzen der Regierungskoalition – entsprechend ihrem Koalitionsvertrag – auf die Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald mit einem Lückenschluss der beiden Teilgebiete grundsätzlich geeinigt.

Am 4. November hat der Nationalparkrat daraufhin beschlossen, dass auf Basis dieser Vereinbarung, die konkrete Ausgestaltung der Erweiterung im engen Austausch mit den betroffenen Kommunen erfolgen soll. Er beauftragte die NLPV gemeinsam mit ForstBW und im engen Austausch mit den Kommunen, einen Vorschlag für die Feinabgrenzung zu erarbeiten und dem Nationalpark Ende Januar 2025 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Ein Vorschlag zur Gebietsabgrenzung wurde Ende 2024 fertiggestellt, mit den betroffenen Kommunen sowie den direkt betroffenen Ortsteilen und Bürgerinnen und Bürger findet seit Mitte November ein intensiver Austausch statt. Um die Belange und Sorge der örtlichen Bevölkerung, die in den zahlreichen Gesprächen genannt wurden, hinreichend zu berücksichtigen, wurden durch das Umweltministerium 13 Zusagen formuliert, die zentrale Grundlage für die Umsetzung der Erweiterung sind.

Es wird vorgeschlagen, diese Zusagen (s. Anlage 1) sowie den Vorschlag zur Gebietsabgrenzung (s. Anlage 2) zu befürworten und dem Land zu empfehlen, die Erweiterung des Nationalparks auf dieser Grundlage auf den Weg zu bringen.

Anlagen

Anlage 1: Wesentliche Zusagen des Umweltministeriums zur Erweiterung des Nationalpark Schwarzwald

Anlage 2: Vorschlag zur neuen Gebietsabgrenzung des Nationalpark Schwarzwald, inkl. vorgesehener Managementbereiche rund um die Siedlungsbereiche im Langenbach-, Schön Münz- und Raumünzachtal

Anlage 3: Schriftliche Zusage des FM zur Umsetzung der Rangerstationen in Allerheiligen und Alexanderschanze

Anlage 4: Schriftliche Zusage des UM/ MLR zur Ausdehnung des PRIMA-Projekts und zur Einrichtung einer 1000m-Förderkulisse rund um den Nationalpark Schwarzwald

Anlage 5: Schriftliche Zusage des VM zur weiteren Förderung/ finanziellen Unterstützung der OPNV-Anbindungen rund um den Nationalpark Schwarzwald

Anlage 6: Vorschlag zur Einführung eines Anwohnerausweises für direkt am Nationalpark wohnende Anrainer

I. Sachverhalt/ Begründung

Problem oder Anliegen

1. Gegenstand der Vorlage

Im Jahr 2014 hat das Land Baden-Württemberg als eines der letzten Bundesländer einen Nationalpark eingerichtet. Mit der Erweiterung sollen die beiden bereits bestehenden Teile des Nationalparks miteinander verbunden werden.

Durch eine Verbindung der beiden Teile entsteht ein zusammenhängendes Nationalparkgebiet, ein zentrales Kriterium für Nationalparks, da ein zusammenhängendes, großflächiges Gebiet dem Ziel des Prozessschutzes des Nationalparks deutlich besser Rechnung getragen werden kann. Die Fläche des Nationalparks vergrößert sich mit dem vorliegenden Vorschlag der Gebietsabgrenzung von derzeit 10.062 Hektar auf insgesamt ca. 11.500 Hektar.

Gleichzeitig sind durch die Erweiterung Siedlungsbereiche in Baiersbronn (Langenbachtal/ Schön Münzach) und Forbach (Hundsbach, Erbersbronn) direkt betroffen. Mit der Bevölkerung der betroffenen Gebiete findet aktuell ein breiter Dialogprozess statt, um die Belange (Infrastruktur, Zuwegungen, Wegenutzungen, Waldentwicklung etc.) der Anwohnerinnen und Anwohner frühzeitig in den weiteren Planungen berücksichtigen zu können.

Durch die Erweiterung des Nationalparks soll außerdem die Effizienz und Wirksamkeit des Borkenkäfermanagements in den Pufferbereichen rund um den Nationalpark weiter verbessert werden. Hierzu werden im Zuge der Erweiterung weite Bereiche der bislang im Nationalpark liegenden Pufferfläche in die Zuständigkeit von ForstBW gegeben und damit aus dem NLP ausgegliedert werden.

2. Gesetzliche Grundlagen oder sonstige Grundlagen

Die Weiterentwicklung und Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald ist im grün-schwarzen Koalitionsvertrag von 2021 festgelegt.

Sie trägt insbesondere auch zur Erreichung der Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie bei, wonach sich auf 2% der Fläche Deutschlands die Natur in großflächigen Wildnisgebieten frei entwickeln und auf 10% der Waldfläche im öffentlichen Eigentum eine natürliche Waldentwicklung erfolgen soll. Dementsprechend ist auch in der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz von ForstBW festgelegt, dass 10% der Staatswaldfläche in Baden-Württemberg als Prozessschutzflächen ausgewiesen werden soll.

Die Vereinbarung der beiden Spitzen der Regierungskoalition im Oktober 2024 bildet die Grundlage für die Ausarbeitung der Gebietsabgrenzung. Hiernach verkauft das Land seine Anteile an der Murgschifferschaft an die verbleibenden Eigner. Die Waldgenossenschaft tauscht dafür wertgleich Flächen mit dem Staatsforst. Mit Flächen, die ins Eigentum des Landes übergehen, werden die bisher getrennten Teile des Nationalparks vereinigt. Der Nationalpark wächst damit voraussichtlich von derzeit 10.062 Hektar auf ungefähr 11.500 Hektar.

Die Einigung sieht darüber hinaus vor, dass bestimmte Flächen im Randbereich des Nationalparks in die Zuständigkeit des Landesbetriebs ForstBW übergehen. Diese Pufferflächen zum Schutz vor einer

unkontrollierten Ausbreitung des Borkenkäfers werden weiterhin dauerhaft als Pufferflächen bewirtschaftet. Die bestehende Entwicklungs- und Kernzone des Nationalparks wird dadurch nicht verkleinert. Die Kernzonen können künftig bis direkt an die Außengrenze des Nationalparks und somit bis an die Borkenkäfer-Pufferflächen ausgeweitet werden.

Dementsprechend erfolgte die Erarbeitung der Gebietsabgrenzung durch NLPV und ForstBW auf Grundlage der durch das Staatsministerium erstellten Arbeitskarte sowie unter folgenden Prämissen:

- Einhaltung einer 500 m Pufferzone rund um den Nationalpark
- Weitestmöglich Übernahme des Borkenkäfermanagements durch ForstBW
- Erweiterung des NLP auf max. 11.500ha

Grundsätzlich standen bei der Erarbeitung der Grenzziehung forstfachliche Aspekte im Vordergrund. Bei Verschiebung der Grenzen wurden Bachläufe, Grenzmerkmale und Wege berücksichtigt, um eine möglichst gute Nachvollziehbarkeit der Grenze auf der Fläche zu gewährleisten. Auch Naturschutz und Besucherlenkung spielten eine wichtige Rolle.

3. Flächenbezug und wesentliche Ergebnisse

Der ausgearbeitete Vorschlag zur Gebietsabgrenzung ist in Anlage 2 dargestellt. Seit Fertigstellung des ersten Vorschlags durch die NLPV und ForstBW wurden aufgrund der Abstimmungsgespräche mit den Belegenheitsgemeinden noch einzelne Änderungen vorgenommen.

Neben diesem Vorschlag der Gebietsabgrenzung wurden durch das Umweltministerium 13 Zusagen ausgearbeitet, die den zentralen Belangen und Sorgen der örtlichen Bevölkerung Rechnung tragen (s. Anlage 1). Insbesondere betrifft dies die Stärkung der Kommunen im NLP-Rat, die Einbindung der örtlichen Bevölkerung sowie die Einrichtung großer Managementbereiche rund um die Siedlungsgebiete im Langenbach-, Schönmünz- und Raumünzachtals mit freiem Betretungsrecht und dem Erhalt aller breiten Waldwege in den nächsten 10 Jahren und der gemeinsamen Erarbeitung des Wegekonzpts. Ebenso werden Infrastrukturthemen, Zusagen zum Umgang mit Hochwasser- und Waldbrandschutz sowie zur Zonierung getroffen.

4. Verfahrensweise (Partizipationsprozess oder abgestimmt mit Beirat, sonstigen Behörden usw.)

Die Nationalparkverwaltung hat nach dem Beschluss des NLP-Rats Anfang November 2024 alle umliegenden Gemeinden angeschrieben und ein Gespräch angeboten. Dieses Angebot haben verschiedene Gemeinden schnell angenommen. Gespräche haben insbesondere stattgefunden mit den Gemeinden Baiersbronn, Oppenau, Bad-Peterstal, Seebach und Forbach/ Hundsbach.

Der Fokus der Gespräche lag und liegt auf dem von der Erweiterung direkt betroffenen Langenbachtal und Raumünzachtal (Erbersbronn und Hundsbach). Vor diesem Hintergrund fand am 10. Januar 2025 eine öffentliche Dialogveranstaltung mit Ministerin Walker in Schönmünzachtal statt. Eingeladen war die direkt betroffene Bevölkerung von Baiersbronn und Forbach. Der Saal war mit rund 300 Teilnehmenden gut gefüllt und es wurden zu zahlreichen Themen und Befürchtungen von Ministerin Walker,

der Nationalparkverwaltung sowie Herrn Dr. Rückert Fragen beantwortet. Diese Veranstaltung bildete den Auftakt für die seither laufenden Gesprächsangebote der Nationalparkverwaltung vor Ort. So findet seit 16.01.2025 wöchentlich eine Bürgersprechstunde in der Gitschenteichhütte in Zwickgabel statt und regelmäßige Wanderungen vom Langenbachtal aus (ab 17.01.2025 alle 3 Wochen). Weitere Angebote soll es in Erbersbronn und Hundsbach geben. Ein erster Austausch mit Anwohnern in Erbersbronn fand am 14.01.2025 statt. Auch hier war das Interesse groß und es konnten zahlreiche Fragen geklärt werden.

Neben diesen Angeboten zum besseren Austausch mit den Menschen vor Ort, wurde im Laufe des Januars auch in den Gemeinderäten der aktuelle Stand vorgestellt und diskutiert. Termine hierfür fanden statt in Bad Peterstal, Oppenau, Seebach, Baiersbronn und Forbach sowie im Kreistag Freudenstadt.

In seiner Sitzung am 14.01.2025 hat der NLP-Beirat dem NLP-Rat empfohlen, „die nächsten Schritte zur Nationalparkerweiterung entlang der ausgearbeiteten Eckpunkte (Zusagen) zu beschließen. Der Beirat begrüßt die Eckpunkte für die örtliche Bevölkerung sowie die damit vorgesehenen Änderungen im Nationalparkplan. Basis für die Erweiterung ist der von ForstBW und der Nationalparkverwaltung gemeinsam erarbeitete Vorschlag zur zukünftigen Gebietsabgrenzung, für den in den nächsten Wochen noch kleinere Anpassungen erfolgen können.“

In der Sitzung des NLP-Rats am 31.01.25 wurde ebenfalls über den aktuellen Stand beraten. Es wurde beschlossen, den Beschluss zur Erweiterung des Nationalparks i.R. einer Sondersitzung am 21.02.25 zu fassen. Zudem wurde beschlossen, dass bis zu dieser Sondersitzung verbindliche Zusagen zu folgenden Punkten erwirkt werden:

- a) - die zeitnahe Einrichtung einer Rangerstation in Allerheiligen (Priorität 1)
 - die Einrichtung einer Rangerstation an der Alexanderschanze (im Anschluss) (=> benötigt Zusagen Finanzministerium/ Vermögen und Bau);
- b) eine Fortsetzung und Ausdehnung des PRIMA-Projekts auf weitere Wälder um den Nationalpark (=> benötigt Zusage MLR), ebenso die Einrichtung einer Förderkulisse rund um den Nationalpark für Aufwendungen im Zusammenhang mit erhöhtem Borkenkäfer-management;
- c) die finanzielle Unterstützung zur dauerhaften Verbesserung der ÖPNV-Anbindung rund um den Nationalpark (insbes. Weiterführung der Förderung der wegfallenden bzw. reduzierten Zubringerlinien aus dem Rench-, Wolf- und Achertal) (=> benötigt Zusage VM);
- d) die Einführung eines „Anwohnerausweises“.

Zu allen Punkten wurden verbindliche Zusagen bzw. Vorschläge erarbeitet und den Mitgliedern des NLP-Rats am 19.02.2025 zugesandt.

II. Antrag/ Beschlussvorschlag

Der Nationalparkrat

1. begrüßt die 13 durch die Umweltministerin Walker gemachten Zusagen (Anlage 1) zur Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald.
2. befürwortet, dass die Pufferflächen rund um den Nationalpark für das Borkenkäfermanagement wo immer möglich und sinnvoll im Rahmen der Erweiterung in die Zuständigkeit von ForstBW gegeben werden und das Borkenkäfermanagement mindestens auf dem bisherigen Niveau weitergeführt wird.
3. erkennt an, dass bei der ausgearbeiteten Gebietsabgrenzung (Anlage 2) alle bisher bekannten Belange der betroffenen Kommunen hinreichend berücksichtigt wurden.
4. betont, dass sichergestellt werden muss, dass die 13 Zusagen als zentrale Grundlage für die Umsetzung der Nationalparkerweiterung eingehalten werden. Hierzu sollen die Punkte im NLP-Gesetz bzw. im NLP-Plan festgeschrieben werden. Nachträgliche Änderungen sind grundsätzlich nicht möglich. Sollte dies zwingend notwendig werden, können diese nur mit Zustimmung des NLP-Rats getroffen werden (doppelte Mehrheit der kommunalen Seite).
5. beschließt, dass bei der zukünftigen Erarbeitung und Fortschreibung des NLP-Plans die einheimische Bevölkerung, insbesondere die direkt betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner, intensiver wie bisher eingebunden werden, bevor der NLP-Plan durch den NLP-Rat abschließend beschlossen wird.
6. betont, dass die Zusagen zu den Themen: Rangerstation Allerheiligen und Alexanderschanze (Anlage 3), Ausdehnung PRIMA-Projekt und Einrichtung einer Förderkulisse (Anlage 4), Weiterführung der Förderung der ÖPNV-Anbindungen (Anlage 5) eingehalten und umgesetzt werden müssen, um zu einer wesentlichen Erhöhung der Akzeptanz des Nationalparks beizutragen. Der NLP-Rat soll regelmäßig i.R. der Ratssitzung über die Fortschritte der Themen informiert werden.
7. beschließt, dass ein Anwohnerausweis gemäß Anlage 6 eingeführt und in Zusammenarbeit von Nationalparkverwaltung und Kommunen umgesetzt wird.
8. empfiehlt, unter der Voraussetzung der vorgenannten Punkte, dem Gesetzgeber des Landes Baden-Württemberg die Erweiterung des NLP auf den Weg zu bringen. Dazu sollen die neuen Grenzen des NLPs der abgestimmten Kartenvorlage (Anlage 2) entsprechen.
9. begrüßt die Zusage des Ministerpräsidenten, zur Steigerung der touristischen Attraktivität des Nationalparks ein Wildtiergehege einzurichten.